



Foto: Armin Leberzammer

Im Schulterschluss: Verantwortliche der Beratungsstelle und örtliche Politiker wollen sich für die weitere Arbeit in der Theresienstraße stark machen.

Fehlt für Integration bald das Geld?

ZUWANDERUNG Die bewährte Fürther Beratungsstelle „Kulturbrücke“ fürchtet massive Kürzungen der Bundesregierung.

VON ARMIN LEBERZAMMER

FÜRTH - Seit gut 30 Jahren unterstützt die Kulturbrücke der Fürther Arbeiterwohlfahrt (Awo) mit Beratung und Sprachkursen Zuwanderer bei der Integration – ein Angebot, das angesichts der anhaltenden Migration immer wichtiger wird. Trotzdem sieht der Haushaltsentwurf der Bundesregierung in diesem Bereich eine deutliche Kürzung der Mittel vor. Dagegen haben nun verschiedene Träger von Beratungsstellen mit einem bundesweiten Aktionstag demonstriert – auch in Fürth.

Dieses Jahr fließen fast 80 Millionen Euro für die Migrationsberatung erwachsener Zuwanderer (MBE) an Awo, Caritas, BRK und andere. 2023 sollen es nur noch 57,5 Millionen Euro sein – ohne inhaltliche Begründung, wie die Organisatoren des Aktionstags kritisieren. Blicke es dabei, müsste etwa die Fürther Kultur-

brücke Stellen streichen. Für den Leiter der Einrichtung in der Theresienstraße, Udo Weißfloch, wäre das ein Rückschritt zur Unzeit: „Wir suchen händeringend nach Verstärkung für unser Beratungsteam. Jetzt, wo wir kompetente Leute gefunden haben, müssten wir sie wieder entlassen.“

Dabei sei der Bedarf so groß wie nie. Alleine die Zahl der Ratsuchenden aus der Ukraine hat sich angesichts des Kriegs im Vergleich zum Vorjahr auf 69 mehr als verdreifacht. „Doch die Geflüchteten aus der Ukraine sind für uns gar nicht der Schwerpunkt“, verdeutlicht Weißflochs Stellvertreter Yalcin Yilmaz: Denn unter den vier wichtigsten Herkunftsländern sind neben Syrien mit Bulgaren, Griechenland und Polen drei EU-Staaten.

Menschen, die von dort in die Region gekommen sind, erhalten durch die Awo-Kulturbrücke wichtige Informationen und Deutschkurse. Mit

Muttersprachlern in neun verschiedenen Sprachen verfüge Fürth hier sogar über ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal. „Wenn man das jetzt kürzt, spart man an der falschen Stelle“, findet Yilmaz. Falle die professionelle Beratung weg, würde seiner Meinung nach ein fataler „Graumarkt“ die Lücke schließen. „Dort bezahlen die Migranten dann viel Geld etwa für die Hilfe bei Kindergeldanträgen, aber auch für Betrug durch illegale Meldeadressen.“

„Leute mit großem Potenzial“

Damit schade man nicht nur den Zugewanderten. „Zu uns kommen viele Leute mit großem Potenzial“, wie Beraterin Andrea Kammerer zu berichten weiß. „Wenn man die ausbremst, ist irgendwann die Motivation weg, weil sie ohne Ansprechpartner verpufft.“ Eine Perspektive, die Bürgermeister und Bildungsreferent Markus Braun „himmelangst“ macht.

Er könne die geplante Kürzung nicht verstehen, schließlich gehe der Bund bei anderem Bedarf, wie der Förderung von Kitas, ja ebenso in Vorleistung. „Auch der Freistaat müsste hier einspringen“, fordert Braun, „sonst baden es am Ende wieder die Kommunen aus.“

Carsten Träger, Bundestagsabgeordneter und wie Braun der Regierungspartei SPD zugehörig, versprach angesichts des Aktionstags zwar, sich in den anstehenden Haushaltsberatungen für die MBE stark zu machen. Doch auch er sieht die Bundesländer in der Pflicht.

Deutschland sei unbestritten auf Zuwanderung angewiesen. Wenn aber die Integration nicht funktioniere – und für deren Gelingen leisten die MBE-Anbieter Träger zufolge entscheidende Dienste – komme es für die Gesellschaft am Ende viel teurer. „Dieses Geld ist also gut investiert“, so der Bundestagsabgeordnete.